

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.



ZEIT FÜR GRÜN.

Programm zu den Kommunalwahlen 2009 in Essen



www.gruene-essen.de

Alle Informationen
zur
Kommunalwahl 2009,

zu unserem
Programm,

zu den GRÜNEN
Kandidatinnen
und Kandidaten

sowie zu aktuellen
Veranstaltungen

gibt es auch im Internet
auf unserer Homepage

www.gruene-essen.de

Bundesverband - Landesverband NRW - Grüne Ratsfraktion - Junge Grüne Essen - Kai Gehring MdB - Böll Stiftung NRW



Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Essen

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Aktuelles Köpfe Kreisverband GRÜNE in den Stadtteilen Ratsfraktion Presse Publikationen

Wahlen 2009
Europawahl 2009
Bundestagswahl 2009
Kommunalwahl 2009
RatskandidatInnen
Veranstaltungen + Termine
GRÜNnahe Veranstaltungen
Kürzel auf den
Internetseiten
Newsletter

Du bist hier: Aktuelles » Wahlen 2009 » Kommunalwahl 2009

Kommunalwahl NRW

Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist auf Sonntag, den 30.8. 2009 festgelegt (vortläufig)

[Verfassungsgericht kippt Wahltermin](#)

Der neue Kommunalwahltermin bleibt umstritten. Mit der Festlegung auf den 30. August als Kommunalwahltermin mutet man den BürgerInnen ohne Not einen zusätzlichen Wahltermin zu, statt die Kommunalwahl gemeinsam mit der Bundestagswahl durchzuführen. Der [Verfassungsgerichtshof NRW](#) verhandelt am 5. Mai 2009 ([.txt](#))

Kommunalwahlprogramm der Essener GRÜNEN

Kommunalwahlprogramm als [DOWNLOAD](#) (-.pdf)

Leitlinien für das GRÜNE Kommunalwahlprogramm 2009

Suchbegriff

**Green-Rock
ErstwählerInnenparty**

am Freitag 15.5. findet im Grend eine Wahlparty von 18.00 bis 24.00 Uhr statt. Unter dem Motto **Metal trifft Hipp-Hopp** und [GRÜN](#) feiern statt schwarz ärgern spielen mehrere Bands. Der Eintritt ist frei.

Die nächsten Termine

Essen verlässt das RWE - Aktion vor der RWE-



Inhalt

Vorwort – GRÜN macht den Unterschied	Seite 4-5
Impressum	Seite 5
Klima und Energie	Seite 6-7
Freiflächen und Naturschutz	Seite 8-9
Stadtplanung und -entwicklung	Seite 10-12
Sauberes Wasser	Seite 13-14
Verkehr	Seite 15-18
Demografischer Wandel	Seite 19
Jugend	Seite 20
Ältere Generation	Seite 21
Migranten	Seite 22-24
Frauenpolitik	Seite 25-32
Sozialpolitik	Seite 33-34
Kinder und Familie	Seite 35-37
Schule und Hochschule	Seite 38-40
Wirtschaft	Seite 41-42
Haushalt	Seite 43-44
Sport, Kultur, Freizeit	Seite 45-50

Vorwort



Zeit für Veränderung – Zeit für GRÜN

Wir leben in einer Zeit der Veränderungen: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, der Klimawandel und die demografische Entwicklung stellen uns vor große Herausforderungen, auch und gerade in einer Kommune wie Essen. Egal ob es um Energiesparen und Klimaschutz, die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze, bessere Schulen und Kindergärten oder neue Wohnformen im Alter geht: Ohne die richtigen Entscheidungen für die konkrete Umsetzung vor Ort sind auch die besten Konzepte zum Scheitern verurteilt.

Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen annehmen und die anstehenden Veränderungen gestalten. Wir wollen Essen zu einer Stadt mit Zukunft machen, in der nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkelkinder noch gut und gerne miteinander leben und arbeiten können. Unser Ziel ist ein lebenswertes, weltoffenes und solidarisches, in einem Wort: Ein grüneres Essen!

Seit 2004 sind wir GRÜNE im Essener Rathaus mit in der Verantwortung: In dieser Zeit haben wir viele wichtige Entwicklungen mit auf den Weg gebracht und uns dabei auch nicht vor unangenehmen Entscheidungen gedrückt, die notwendig waren um neue Türen zu öffnen und Spielräume zu schaffen für Investitionen in die Zukunft.

So sind durch das im Rat 2007 verabschiedete „Konzernziel Umweltschutz“ und durch den Anschluss der Stadt Essen an das Städtenetzwerk Klima-Bündnis / Alianza des Clima e.V. und den Lokale Agenda 21-Prozess bereits wichtige Schritte in Richtung Klimaschutz eingeleitet worden. Bei der Aufstellung des regionalen Flächennutzungsplans haben wir die Zerstörung von Grünflächen durch neue Baugebiete und Straßen verhindert und den Anteil der Frei- und Grünflächen in Essen erhöht. Mit dem „Masterplan Sport“ haben wir ein Investitionsprogramm von 22,5 Mio. € für die Zukunftssicherung unserer Sportstätten und Bäder auf den Weg gebracht. Und im sozialen Bereich haben wir u.a. Frauen- und Suchtberatungsstellen gesichert und das Platzangebot in den KiTas insbesondere für unter 3-jährige Kinder ausgebaut.

An diese und andere Erfolge wollen wir anknüpfen und auch in den nächsten 5 Jahren viele GRÜNE Inhalte und Projekte umsetzen. Deshalb werben wir im Kommunalwahlkampf nicht für mögliche Koalitionen, sondern für unsere GRÜNEN Ideen, Projekte und Inhalte. „Einfach“ GRÜN wird auch in Zukunft nicht immer einfach sein, angesichts der wachsenden Vielfalt von Gruppen im Rat. Starke GRÜNE sind deshalb die Voraussetzung, dass wir unseren Forderungen für die Zukunft Gehör verschaffen und die künftige Ratspolitik mit gestalten können – gemeinsam mit anderen in einer Ratsmehrheit oder als Minderheit in einer starken Opposition.

Es ist Zeit für Veränderung – es ist Zeit für GRÜN

– mit allen drei Stimmen:

- **für den GRÜNEN Direktkandidaten /
die GRÜNE Direktkandidatin für den Rat**
- **für die GRÜNE Bezirksvertretungsliste**
- **für unsere GRÜNE
Oberbürgermeisterkandidatin
Hiltrud Schmutzler-Jäger**

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
KV Essen**

**Limbecker Straße 48
45127 Essen**

**Homepage
www.gruene-essen.de**

**E-mail: [kreisverband@
gruene-essen.de](mailto:kreisverband@gruene-essen.de)**

**V.i.S.d.P.: Joachim Drell,
45326 Essen**

**Fotos:
Pascal Hesse, Joachim Drell,
Fotodatenbank fotolia,
Presseamt der Stadt Essen**

Projekt: Weg mit den Schulcontainern

An vielen Essener Schulen findet heute noch Unterricht in Containern statt, die als Behelfsklassenräume auf Schulhöfen aufgestellt wurden. Dabei sorgen diese Container gleich mehrfach für ein schlechtes Klima: Einerseits herrscht durch die Enge und die Bauweise oftmals „dicke Luft“ im Unterricht, andererseits führt die schlechte Isolierung zu massiver Energieverschwendung.

Daher: Container weg - wir brauchen vernünftige Unterrichtsräume für unsere Kinder!

GRÜNE Politik für ein besseres Klima

„Global denken, lokal handeln“ – Dieser GRÜNE Leitsatz macht deutlich, welche zentrale Bedeutung die Kommunalpolitik für einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz hat. Wir wollen deshalb den Weg konsequent weiter gehen, den wir in den letzten fünf Jahren mit dem integrierten Klima- und Energiekonzept, der Verankerung des Umweltschutzes als „Konzernziel“ der Stadt Essen und vielen konkreten Einzelprojekten eingeschlagen haben.

Bei allen Bauvorhaben der Stadt wollen wir die Möglichkeiten zum Energiesparen und der Nutzung erneuerbarer Energien ausschöpfen. So wollen wir insbesondere die Schulbausanierung voran bringen, bei der sich Energiespar- und Klimaschutzaspekte ideal mit der Verbesserung des Raumangebotes für besseren Unterricht und gute Betreuung verbinden lassen. Bei der Umsetzung des Bundeskonjunkturprogramms haben wir bereits entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Hierauf wollen wir mit einem eigenen kommunalen Investitionsprogramm weiter aufbauen, um nicht nur das Klima zu schützen, sondern gleichzeitig Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand zu schaffen und zu sichern.

Alle Bebauungspläne sollen zukünftig mit einem Energiekonzept von Anfang an auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden – zum Schutz des Klimas und zum Nutzen der Bewohnerinnen und Bewohner. Wir wollen das Passivhaus (Konzept der Einsparung einer klassischen Heizung durch Wärmedämmung und Lüftungsanlage) zum Standard für alle Neubauten in Essen machen. Aber auch die Wohnungsbauunternehmen müssen einen besonderen Beitrag in ihren Immobilien leisten.

Auch der energetischen Sanierung von kommunalen Einrichtungen werden wir uns annehmen. Gerade Schwimmbäder sind „Energieschleudern“, die unter dem Gesichtspunkt der Einsparung (Energie und Kosten) betrachtet werden müssen.

Bei neu zu errichtenden Gebäuden wollen wir die Idee des „Greenbuildings“ auch in Essen umsetzen: Passivhausstandard, die Verwendung erneuerbarer Energiequellen und Dach- und Fassadenbegrünung sind nicht nur ein bedeutsamer Beitrag zur Vermeidung von Feinstaub- und CO₂-Ausstoß, sondern werten auch das Stadtbild nachhaltig auf.

Den kommunalen Stadtwerken kommt beim Klimaschutz eine zentrale neue Bedeutung zu. Im Gegensatz zu den großen Energiekonzernen mit ihren „Dinosauriertechnologien“ (AKW's und Braunkohle-Redreckschleudern) können und sollen die Stadtwerke Essen unter Beweis stellen, dass sie flexibler und umweltfreundlicher Energie liefern können, mit einem steigenden Anteil an erneuerbaren Energien – nicht nur beim Gas, sondern künftig auch bei Strom und anderen Energieträgern. GRÜNE begrüßen den Einstieg der Stadtwerke in den Stromhandel. In den neuen Stromlieferverträgen muss dem Anteil der erneuerbaren Energien eine stetig wachsende Schlüsselrolle zufallen.

Das Projekt „Bürgersolaranlagen“ werden wir vorantreiben, damit nicht nur auf städtischen Gebäuden wie dem Rathaus erneuerbare Energien eine Förderchance erhalten.

Aber auch das Klima in Essen wollen wir verbessern. Deshalb werden wir das Projekt „Neue Wege zum Wasser“ wie die naturnahe Umgestaltung der Emscher und ihrer Zuläufe weiter vorantreiben. Insbesondere im Essener Norden werden neue Seen in Altendorf und Altenessen und Parklandschaften wie der Kruppspark oder der Park im neuen Universitätsviertel entstehen, die das Stadtklima nachhaltig positiv beeinflussen.



Projekt: Energiesparleitfaden für Bauherren

Energiespar- und Klimaschutz-Investitionen sind eine Gemeinschaftsaufgabe für öffentliche und private Bauherren.

Nach dem Beispiel von Dortmund oder Münster wollen wir Informationsbroschüren zum Energie- und Klimaschutz für alle auflegen, die neu bauen oder ein altes Gebäude sanieren wollen.

Damit können auch in Essen möglichst viele sinnvolle und nachhaltige Investitionen angestoßen werden.



Freiflächen und Naturschutz

GRÜNE Politik für Freiflächen und Naturschutz

In der laufenden Ratsperiode haben GRÜNE die Umwandlung von Grünflächen in Gewerbe- und Wohnbauflächen (z.B. Heuweg, Hatzper Straße, Düppenbergr, Im Teelbruch) ebenso verhindern können wie ökologisch sowie verkehrstechnisch unsinnige und teure Straßenbauten (Verlängerung Otto-Brenner Straße, Verlängerung Marie-Juchacz-Straße). Wir haben erreicht, dass mit dem neuen „regionalen Flächennutzungsplan“ (RFNP) der Anteil der Grün- und Freiflächen in Essen steigt.

Hieran wollen wir anknüpfen und lehnen deshalb auch für die Zukunft eine weitere Versiegelung von Frei- und Grünflächen außerhalb von Siedlungsgebieten ab. Denn dadurch werden nicht nur wichtige Naturräume zerstört, solche Baugebiete erfordern auch die Schaffung neuer Sozial- und Verkehrsinfrastruktur, die neben dem Schaden für die Umwelt schadet auch hohe Kosten nach sich zieht.

Das Leitbild GRÜNER Stadtplanung ist dagegen eine Stadt der kurzen Wege, die Verkehr vermeidet. Wir begegnen dem wiederkehrenden Wunsch nach innerstädtischem Wohnen deshalb durch eine behutsame Innenraumentwicklung auf brachliegenden Flächen (z.B. ehemaliges Bethesda-Krankenhaus) und ausgewogene Baulückenerschließung. Damit kann auch die bereits vorhandene Infrastruktur (Kanalisation, Geschäfte, ÖPNV-Anschlüsse, KiTas, Schulen, Kultureinrichtungen usw.) auch in Zeiten „demografischen Wandels“ nachhaltig gesichert und verbessert werden, die letztlich die Attraktivität der einzelnen Stadtteile ausmacht.

Kein Ausbau der Ruhrschifffahrt

GRÜNE lehnen eine Ausweitung der Ruhrschifffahrt zwischen Kupferdreh und Steele ab. Das Naturschutzgebiet Heisinger Aue ist nachhaltig zu schützen.



GRÜNE Politik gegen Fluglärm

Nachtflugverbot am Flughafen Düsseldorf durchsetzen – Flughafen Essen Mülheim endlich schließen

Der Essener Süden liegt sowohl in der Einfugschneise des Flughafens Düsseldorf als auch des Flughafens Essen-Mülheim und ist besonders vom Fluglärm betroffen. Der Lärm hat in den letzten Jahren insbesondere in den lärmsensiblen Abend- und Nachtstunden weiter zu genommen, da die schwarz-gelbe Landesregierung die Betriebszeiten am Flughafen Düsseldorf verlängert hat und die Augen vor den permanenten Verstößen der Fluggesellschaften gegen das Nachtflugverbot verschließt. GRÜNE fordern deshalb eine strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes am Flughafen Düsseldorf. Wir setzen uns dafür ein, die Zahl der Flugbewegungen einzuschränken und unterstützen alle Bemühungen auch der Stadt, sich mit juristischen Mitteln gegen Fluglärm zur Wehr zu setzen. Weiterhin setzen wir auf Transparenz bei der tatsächlichen Fluglärmbelastung etwa durch die Installation weiterer Lärmmessstationen in Essen.

Beim Flughafen Essen-Mülheim treten wir weiterhin für die Schließung und schnellstmögliche Abwicklung des Flughafens ein, um die Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm zu schützen und die Zuschüsse der Stadt für den defizitären Flughafen einzusparen. Wir erheben erfolgreich dafür gekämpft, einen Wartungsbetrieb für große Flugzeuge, wie den Airbus A 320, zu verhindern. Nun gilt es, auch in Zukunft alle Versuche einer schleichenden Ausweitung der Betriebsgenehmigung für Düsenflugzeuge durch die Landesregierung zu verhindern.



Stadtplanung



GRÜNE Politik für Stadtentwicklung und Wohnen

GRÜNE stehen für städtebauliche und ökologische Aufwertung des Essener Nordens und Westens

Mit den GRÜNEN wurde der Masterplan „Neue Wege zum Wasser“ auf den Weg gebracht. Abwässerkanäle werden naturnah umgestaltet, neue Wasserflächen entstehen und Wohnblocks werden entkernt oder durch neue Wohnhäuser ersetzt. Das von GRÜNEN immer wieder geforderte Zusammenführen von Wohnen und Freizeit wird durch diesen Masterplan Realität und zeigt, wie man die Wohnqualität einer Stadt wieder erhöhen kann.

Durch die Entwicklung des Universitätsviertels mit einer rd. 4 ha großen Grünfläche und den Bau des Krupparks erfährt der Essener Nordwesten eine deutliche Attraktivitätssteigerung und städtebauliche Aufwertung.

Auch das Stadtumbaugebiet Bochold / Altendorf-Nord steht als wichtiger Meilenstein für eine konsequente gesamtstädtische Entwicklung. GRÜNE begrüßen ausdrücklich die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“. Mit diesen Fördermitteln können weit reichende Zukunftsinvestitionen angestoßen werden, die sich nachhaltig positiv auswirken werden.

GRÜNE stehen für städtebauliche City-Entwicklung hin zu mehr Attraktivität und Aufenthaltsqualität

In der Vergangenheit sind immer mehr Menschen aus den Innenstädten an die Stadtränder oder ins Umland gezogen. So auch in Essen. Umso erfreulicher ist daher der seit geraumer Zeit zu verzeichnende Trend, dass die Menschen zunehmend wieder in die Innenstädte zurückziehen wollen.

Im neu entstehenden Universitätsviertel (zwischen Universität und Innenstadt) wird endlich das lange auch von den GRÜNEN geforderte neue innerstädtische Konzept umgesetzt. Zukünftig werden hier Wohnungen gebaut und die Universität eine Verbindung zur Innenstadt erhalten. Bei der weiteren Entwicklung des Universitätsviertels, aber auch bei der weiteren Entwicklung der nördlichen Innenstadt werden wir nun unser Augenmerk auf die städtebauliche Qualität und die dazugehörige Aufenthaltsqualität bei den Projekten richten.

Im Innenstadtbereich werden GRÜNE zukünftig die Weiterentwicklung der nördlichen Innenstadt vorantreiben – rund um das GOP soll hier ein attraktives Viertel für Künstler und Künstlerinnen entstehen.

Die Innenstadt ist zu einem neuen Treffpunkt geworden, Außengastronomie und abendliches Leben haben zugenommen. Um diesen Gewinn an Aufenthaltsqualität weiter zu fördern, lehnen wir GRÜNE eine weitere Öffnung der Fußgängerzonen für den Autoverkehr ab – schließlich ist die Innenstadt nicht nur mit dem ÖPNV, sondern durch das neue Parkleitsystem zur gezielten Erreichbarkeit der Parkhäuser auch mit dem Auto gut angebunden.



GRÜNE stehen für neue Wohnformen und Wohnprojekte

GRÜNE nehmen den Trend der Zeit und die veränderten Lebensentwürfe der Bürgerinnen und Bürger ernst und machen sich stark für neue Wohnformen. Hier hat die Stadt noch viel nachzuholen. Erste Projekte wie das Frauen-Wohnprojekt der Beginen im ehemaligen Finanzamt Süd und einige Mehrgenerationen-Wohnprojekte sind bereits entstanden. GRÜNE wünschen sich deutlich mehr Wohnprojekte, bei denen Jung und Alt, Familien, Singles und alte Menschen mit Versorgungssicherheit zusammenleben können. In einer lebendigen Stadt müssen wir Räume schaffen, wo Menschen verschiedenen Alters und verschiedener Herkunft ihren Bedürfnissen gemäß miteinander leben können, wo sich jeder einbringen kann und alle voneinander profitieren können. Dies fängt z.B. bei der Kinderbetreuung oder Hilfe für die Älteren an und hört beim Carsharing nicht auf.

GRÜNE fordern feste Kennziffern bei der Bauleitplanung

Heizung und Stromverbrauch sind zwei der großen Verursacher für die zunehmende Erderwärmung. Aber die wenigsten Häuser sind heute auf dem Stand der neuesten energetischen Technik. Deshalb fordern GRÜNE bei Neubaumaßnahmen in der sog. „Bauleitplanung“ feste Kennziffern für den Klimaschutz in unserer Stadt (wie z.B.: Passivhäuser, dezentrale Wärmeversorgung, Solaranlagen, Blockheizkraftwerke u.v.m.).



Mit GRÜNEN hat der Stadtumbau in Essen begonnen. In der Stadtentwicklung findet ein allmählicher Strukturwandel statt. GRÜNE wollen konsequent den Weg weg von einem stetigen quantitativen Wachstum mit immer mehr Flächenausweisung – in Konkurrenz zu den Nachbarkommunen – hin zu einer nachhaltigen, umweltgerechten, sozialen und qualitativen Stadtentwicklung fortsetzen. Hier sind einerseits die Belange des Denkmalschutzes zu berücksichtigen und andererseits muss eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität sichergestellt werden. Hierzu fordern GRÜNE die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats und die Stärkung der Belange des Denkmalschutzes.

Sauberes Wasser – Ein Kernanliegen der GRÜNEN

DIE GRÜNEN wollen sauberes Trinkwasser ebenso wie sauberes Wasser in der Ruhr und den übrigen Essener Gewässern. Die Skandale um Medikamentenrückstände, PFT und andere Stoffen, die nicht in unser Trinkwasser gehören, haben in den letzten zwei Jahren hohe Wellen geschlagen.

Die Ruhr wird für die Einleitung von Kläranlagenabläufen und gleichzeitig für die Entnahme von Wasser für die Trinkwasserversorgung genutzt. Deshalb müssen wir erreichen, dass möglichst wenige Schadstoffe in die Ruhr gelangen.

Die Stadtwerke haben mit ihrer Investition in die Trinkwasseraufbereitungsanlage, die uns ab 2011 ein Trinkwasser mit wesentlich verbesserter Qualität liefern wird, bereits einen sehr guten Weg eingeschlagen, den wir in aller Deutlichkeit unterstützen. Jetzt müssen wir allerdings auch an der anderen Seite, nämlich der Reduzierung der Schadstoffe aus Kläranlagenabläufen, ansetzen.

Dazu gehört als erstes die Bestandsaufnahme der Leistungsfähigkeit der Essener Kläranlagen im Hinblick auf die anfallenden gefährlichen Industriechemikalien und sonstigen gefährlichen Spurenstoffen, um ermitteln zu können, wo auf Essener Seite technische Möglichkeiten zur Reduzierung/Vermeidung der Schadstoffe vor Ort liegen. Dies bedeutet eine enge Zusammenarbeit der Kommunen an der Ruhr, den über 600 abwassererzeugenden mittelständischen Unternehmen im Ruhrverband als Kläranlagenbetreiber und den jeweiligen Stadtwerken. Aufgabe des Landes ist es, die Qualität des Trinkwassers durch verbindliche Richtwerte für alle sicherzustellen.

Erstellung eines flächendeckenden Katasters für Direkt-/Indirekteinleiter und Anpassung der Essener Entwässerungsabgabensatzung mit dem Ziel, das Verursacherprinzip qualitativ stärker zu berücksichtigen.



Da einige Industriebetriebe ihre Abwässer in die kommunalen Kläranlagen leiten, fordern wir die flächendeckende Erstellung eines Katasters für Direkt-/Indirekteinleiter von Schadstoffen, um genau zuordnen zu können, wer an welcher Stelle für Schadstoffe verantwortlich ist. Mit der Entwässerungsabgabensatzung liegt zudem eine bedeutende Steuerungsmöglichkeit in kommunaler Hand. Denn zurzeit bezahlen Essener Bürgerinnen und Bürger mit ihren Abgaben die Entsorgung der Industrieschadstoffe, die als Indirekteinleitungen den Weg durch unser Kanalsystem finden. Eine Anpassung der Gebühren im Sinne des Verursacherprinzips ist demzufolge gerecht und sinnvoll und bietet außerdem einen Anreiz zur Schadstoffminimierung.

Nur wenn wir Ruhrkommunen zusammenarbeiten und die Ruhr von Schadstoffen freihalten, können wir mit dem jetzigen Stand der Technik für einwandfreies Trinkwasser sorgen. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Stadtwerke Essen in kommunaler Hand bleiben und nicht zum Spielball wirtschaftlicher Interessen der großen Versorgungsunternehmen werden. Denn die Versorgung mit Trinkwasser gehört unbestritten zu den elementaren Aufgaben der Daseinsvorsorge.



Verkehr

GRÜNE Politik für intelligente Mobilitätslösungen

Grüne stehen für menschen- und umweltgerechte Mobilität

GRÜNE Verkehrspolitik orientiert sich an der Lebensqualität und den Mobilitätsbedürfnissen aller. Kinder, Jugendliche, ältere und behinderte Menschen sollen ebenso mobil sein können wie Menschen mit eigenem Auto. Eine besondere Bedeutung für uns hat eine frauengerechte Verkehrs- und Stadtplanung, die die hohen Mobilitäts- und Sicherheitsansprüche von Frauen berücksichtigt. GRÜNE wollen den Anteil des umweltverträglichen Verkehrs ausbauen. Vorrang für Bus und Bahn, für RadfahrerInnen und FußgängerInnen ist unsere Devise.

GRÜNE Politik zur Verringerung von Verkehrslärm und Feinstaub

Lärm und Staub belasten heute immer mehr die Gesundheit der EssenerInnen. Der Stadtverkehr trägt einen erheblichen Anteil dazu bei. Die Gesundheit vieler Menschen ist dadurch stark beeinträchtigt. Verkehrsplanung muss sich heute an Umweltbelangen, wirtschaftlicher Effizienz, Sicherheit und Bevölkerungsentwicklung ausrichten. GRÜNE fordern intelligente Lösungen, die möglichst allen Verkehrsteilnehmern gerecht werden. Hier können u.a. [City-Logistikkonzepte](#) endlich dafür sorgen, dass die Lieferverkehre in der Stadtmitte und in den Nebenzentren reduziert werden. Einzelhändler oder Kaufhäuser, die bislang nur Parkgebühren für KundInnen erstatten, sollten solche Maßnahmen auch auf ÖPNV-Tickets ausdehnen.





Projekt Umweltzone Ruhrgebiet:

Für eine wirksame Feinstaubbekämpfung muss der derzeitige Flickentepich bei der Umweltzone zugunsten einer städteübergreifenden Flächenlösung im Ruhrgebiet ausgeweitet werden. Es ist ein Unding, dass in Vogelheim oder Altenessen die Umweltzone willkürlich endet und andere stark belastete Stadtteile wie Kupferdreh und Werden außen vor bleiben. Im Rahmen einer ruhrgebietsweiten Lösung sollten dann auch weitergehende Maßnahmen wie die Verknüpfung einer Citymaut mit einem Umweltticket geprüft und auf den Weg gebracht werden.

Wir wollen, dass der nicht zu vermeidende Autoverkehr stadtverträglich gestaltet wird, d.h. geräuscharm, schadstoffarm und sicher. Wir werden uns für eine **konsequente Lärmminderungsplanung** der Stadt einsetzen, die zu einer wirksamen Reduzierung der Lärmbelastung führt. Bausteine hierfür sind die Ausweitung von Tempo 30-Zonen in Wohngebieten, die Einführung von Tempo 30 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen, Nachtfahrverbote bzw. Fahrverbote für Lkw in Wohngebieten, lärmarme Straßenbeläge („Flüsterasphalt“), mehr Geschwindigkeitskontrollen und mehr Schallschutzmaßnahmen.



Die Gestaltung des öffentlichen Raums in den Städten darf nicht vordringlich auf Autos ausgerichtet sein. Für eine höhere Aufenthaltsqualität brauchen wir einen Ausgleich zwischen Verkehr und Verweilen. Durch das Prinzip des „Shared Space“ – geteilter Raum – werden Straßen und Kreuzungen zu einem gemeinsam von allen genutzten und belebten Raum. Durch mehr Blickkontakt und Rücksichtnahme steigt die Sicherheit und es passieren weniger Unfälle. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dieses neue Konzept auch in Essen in die Praxis umzusetzen und insbesondere bei Neuplanungen zu berücksichtigen.

Außerdem brauchen wir ein **LKW-Routenkonzept** für Essen und unsere Nachbarstädte, das die Wohngebiete schützt und den LKW-Verkehr in der Stadt begrenzt. Großflächige Industrie- und Gewerbegebiete wie z.B. der Stadthafen oder das Eco-Nova-Areal müssen verkehrstechnisch so optimiert werden, dass unvermeidbare LKW-Verkehre direkt überörtliche Straßen erreichen können, ohne die umgebenden Wohngebiete zu belasten.

Keine A 52 und kein Ruhralleetunnel

Die geplanten Autobahnen A52 und A535 (Ruhralleetunnel) drohen Essen zu einem der verkehrsreichsten Transitkreuze in Europa zu machen. Es geht um eine dritte Nord-Süd Autobahn durch das Ruhrgebiet und mitten durch unsere Stadt. Insbesondere LKW-Verkehre würden deutlich zunehmen und damit die Belastungen. Deshalb lehnen GRÜNE nach wie vor den Bau der Autobahnen entschieden ab. Für unsere Stadt hieße das mehr Emissionen durch Abgase und Lärm sowie eine Zerschneidung der nördlichen Stadtteile. Nicht zuletzt sollen hier viele Millionen Euro verbaut werden, die GRÜNE lieber in eine nachhaltige und intelligente Verkehrspolitik investieren wollen.

GRÜNE stehen für ein attraktives Bus- und Bahn-Angebot

Trotz immer knapperer Finanzmittel haben GRÜNE erreicht, im neuen Nahverkehrsplan den Standard des ÖPNV zu halten und Verbesserungen durchzusetzen: Bei Baumaßnahmen wie dem Krupp-Gürtel wurden eigene Trassen für Bahnen geschaffen und der Bau einer neuen Tram-Strecke begonnen. Der barrierefreie Bau von Haltestellen, z.B. in Steele,

auf der Linie 109 in Huttrop oder an der Moltkestraße wurde begonnen. Selbstverständlich sind Busse und Bahnen ein wesentlicher Baustein einer intelligenten Verkehrspolitik. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin mit allem Nachdruck für den weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Dazu gehören Verlässlichkeit, Sicherheit, Service und Informationen über die Fahrzeiten, vernünftige Tarife, Sauberkeit sowie akzeptable Takte. Konkret fordern wir:

- eine Neuordnung der Buslinien durch die Innenstadt, um eine direktere und schnellere Anbindung an die Stadtteile zu schaffen als bisher,
- einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit unseren Nachbarstädten für bessere Busverbindungen zwischen den Stadtteilen und den Nachbarstädten sowie die Durchbindung von Nachtexpresslinien nach Gelsenkirchen, Bochum und Mülheim,
- die weitere Modernisierung von S-Bahnhöfen (z.B. auf der Linie S6 und S9),

Projekt Bonus für ÖPNV-NutzerInnen bei Anwohnerparkregelungen:

GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Autobesitzer in Stadtteilen mit Anwohnerparkregelungen, die eine Monatskarte der EVAG besitzen, einen günstigeren Tarif bezahlen als Autobesitzer ohne Ticket.



Projekt Streckenausbau bei Bus und Bahn:

Wir fordern eine oberirdische und direkte Straßenbahnverbindung von Steele zum Hbf und weiter durch die Innenstadt (City-Trasse und Bahnhofstange), die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 nach Oberhausen, die Beschleunigung von Straßenbahnstrecken, insbesondere Vollendung der Beschleunigung der Steeler Strecke, eine Buslinie von Borbeck über Altenessen und Zollverein zum Nienhauser Park sowie den Einsatz von modernen Niederflurfahrzeugen auch in Doppeltraktionen, um überfüllte Züge zu vermeiden. Eine neue Straßenbahnlinie zur besseren und schnelleren Anbindung Frohnhausens und Altendorfs wollen GRÜNE für den Bertold-Beitz-Boulevard verwirklichen.

Sozialticket VRR-weit:

In Essen ist die GRÜNE Initiative für ein Sozialticket, das die Mobilitätschancen von einkommensschwachen Menschen sichert, leider vorerst am Widerstand des Landes gescheitert. Trotzdem halten wir an unserer Forderung fest und setzen uns für ein flächendeckendes Sozialticket für Busse und Bahnen im gesamten VRR-Bereich ein.

Fuhrpark weiter ökologisch modernisieren:

GRÜNE fordern, dass die Stadt mit ihrem Fuhrpark und dem ihrer Unternehmen wie z.B. EVAG, EBE und Stadtwerke weiterhin auf umweltfreundliche Lösungen setzt und alternative Antriebe (wie Hybrid) verwendet. Durch intelligente Poolnutzungen soll die Zahl der Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks deutlich reduziert werden – ein Beitrag zum Klimaschutz!

Vorrang für FußgängerInnen und RadfahrerInnen

Bei kurzen und mittleren Entfernungen ist das Fahrrad das Verkehrsmittel der Zukunft. Es ist nicht nur leise, sauber und preiswert, sondern fördert auch die Gesundheit jedes einzelnen Radlers und jeder einzelnen Radlerin. Die GRÜNEN haben sich daher in den letzten Jahren intensiv für ein funktionelles und sicheres stadtweites Radwegenetz eingesetzt. Bisher konnten über 180 Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet werden.



Demografischer Wandel

GRÜNE Politik für den demografischen Wandel

Vielfalt als Chance – wir werden weniger, älter und bunter!

Essen befindet sich mitten im demografischen Wandel: in 20 Jahren wird jede/r dritte EssenerIn über 60 Jahre alt sein, die Singlehaushalte nehmen zu. Schon heute wachsen nur noch in jedem fünften Haushalt Kinder auf. Gleichzeitig hat inzwischen jedes dritte Kind in Essen einen Migrationshintergrund.

Wir GRÜNE treten für eine Stadtpolitik ein, die diese Veränderungen als Chance begreift und ihnen gestaltend und vorausschauend Rechnung trägt. Unsere Politik ist deshalb darauf ausgerichtet, die Generationen und Kulturen zusammenzubringen. Hier sind die erfolgreichen Projekte der Essener Ehrenamt Agentur beispielgebend und werden von uns unterstützt.

Bürgerschaftliches Engagement stärken!

Gerade angesichts der Haushaltslage der Stadt Essen ist es zu begrüßen, wenn soziale Dienstleistungen auch durch Ehrenamt und Gemeinwesenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Ehrenamt braucht aber auch hauptamtliche Strukturen zur Unterstützung sowie Anerkennung. Wir möchten deshalb eine Anerkennungskultur schaffen, in der z.B. die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Schülerinnen und Schülern in den Zeugnissen dokumentiert und bescheinigt werden.

Zahlreiche Ansätze, z.B. die Lesepatenschaften von SeniorInnen in Kitas, wollen wir ausbauen und um weitere Ideen ergänzen, wie z.B. den Besuch von Kindergartengruppen in Altentagesstätten und Pflegeheimen, das ehrenamtliche Engagement von SeniorInnen bei der Hausaufgabenbetreuung oder Nachhilfe, oder „Paten-Großeltern“-Projekte zur gemeinsamen Freizeitgestaltung.



Jugend

Für uns GRÜNE ist das vielfältige Angebot der Jugendverbände ein unverzichtbarer Bestandteil der Freizeitgestaltung und der Selbstorganisation von Jugendlichen. Daher werden wir die Jugendverbandsarbeit weiterhin unterstützen und die Jugendverbände aktiv bei der Entwicklung von Mitsprachemöglichkeiten einbinden.

GRÜNE Politik für eine jugendgerechte Großstadt

Wir GRÜNE machen uns für mehr Beteiligung und Mitsprache von Kindern und Jugendlichen in Essen stark. Wir fordern eine stärkere und verbindliche Kinder- und Jugendbeteiligung bei konkreten Projekten und kommunalen Entscheidungen, z.B. bei der Sozialraumplanung. Die Beteiligungsmöglichkeiten müssen jugendgerecht sein und die Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenso ermöglichen wie die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen. Mit dem Projekt „mit-Wirkung“ konnten in Essen innovative Partizipations-Projekte auf Bezirksebene für Jugendliche mit Jugendlichen entwickelt und ausgebaut werden; darauf wollen wir aufbauen. Jugendliche bereichern unsere Innenstadt und die Stadtteile. Wir wollen nicht, dass sie aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, sondern ihnen Räume zur Selbstentfaltung ermöglichen. In diesem Zusammenhang setzen sich GRÜNE auch für den Erhalt der Jugendbühne bei Essen-Original ein.

Jugendliche brauchen attraktive Freizeitangebote

Der erste Essener Jugendbericht hat wichtige Daten über das Freizeitverhalten von Jugendlichen in Essen geliefert. Jugendliche in Essen halten die derzeitigen Angebote in den Jugendzentren und der offenen Kinder- und Jugendarbeit für wenig attraktiv. Daher wollen wir den Neuorientierungsprozess fortsetzen, um mit den Trägern der Jugendarbeit innovative Konzepte zu erarbeiten. Ein neues, attraktives Jugendzentrum in der Innenstadt soll insbesondere im Jahr der Kulturhauptstadt Anlaufstelle und zentraler Veranstaltungsort von Jugendkulturveranstaltungen werden. Dabei ist es uns wichtig, Jugendliche aus allen sozialen Schichten anzusprechen, mit oder ohne Migrationshintergrund, aus Nord und Süd. Ein neues Jugendzentrum soll auch der freien Jugend-Kulturszene die Möglichkeit geben, sich in der Innenstadt auszutauschen und kreativ zu sein. Wir fördern dezentrale, selbstverwaltete Jugendbegegnungsstätten, die sowohl als Anlaufstellen für ratsuchende Jugendliche, als auch als Treffpunkt für junge Menschen das Jugendangebot der Stadt erweitern sollen.



Ältere Generation

GRÜNE Politik für alte Menschen

Wohnen, Freizeit und Mobilität der älteren Generation müssen so organisiert sein, dass ein möglichst eigenständiges und selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter möglich ist. Wir wollen Seniorinnen und Senioren ermuntern, ihre Erfahrungen produktiv in die Gesellschaft einzubringen, und ein lebenswertes Umfeld für sie schaffen. Dazu gehören eine wohnortnahe Versorgung und alternative Wohnformen. Wohnungsunternehmen und Politik sind gefordert, Angebote jenseits der Heime zu entwickeln.

Wir wollen zielgruppenspezifische Angebote im ambulanten und stationären Bereich schaffen (z.B. für die wachsende Zahl älterer MigrantInnen und dementiell erkrankter Menschen), das bestehende Angebot offener Einrichtungen („Altentagesstätten“) erhalten und unterstützen neue Wohnformen (Mehrgenerationenwohnen, autofreie Siedlungen, Seniorenwohngemeinschaften u.ä.). Um die Qualität der Angebote zu sichern, gilt es außerdem, die Beratung für Heimträger zu intensivieren und Pflegeeinrichtungen angemessen zu kontrollieren.

Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Stützpfiler unserer Gesellschaft – und kann gegen Vereinsamung und Depression bei SeniorInnen helfen. Die Umsteuerung im Bereich der Hilfe hin zu einem engen Netzwerk sozialräumlicher, präventiver Unterstützungsmaßnahmen muss weitergeführt werden. Dazu gehören neben ehrenamtlichen Strukturen auch die Weiterführung des erfolgreichen Stadtteilservice (auf Grundlage sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung) sowie hauptamtliche und gewerbliche Dienstleistungen wie ambulante Pflegedienste etc.



Migranten



GRÜNE Politik für ein tolerantes und weltoffenes Essen

Die Integrationspolitik in Deutschland ist bisher stark an Defiziten orientiert und das Thema Einwanderung oft negativ behaftet. Entsprechend ist auch die öffentliche Wahrnehmung: zu viele MigrantenInnen – zu viele Probleme! Dass mit Zuwanderung neben den Herausforderungen auch Chancen verbunden sind, wird kaum gesehen.

Gerade Städte und Regionen können aber mit innovativen Maßnahmen und Ideen versuchen, die Potenziale von Zugewanderten auszuschöpfen. Hierzu gehört auch insbesondere das Erkennen eines Potenzials in der Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund. Entscheidend für den Kampf um die Ausschöpfung der Potenziale und den wirtschaftlichen Erfolg eines Standorts sind die berühmten drei großen Ts: Toleranz – Talente – Technologie.

Wir wollen, dass Einheimische und Zugewanderte Integration als Chance verstehen und diese ergreifen. Deshalb wollen wir in Essen mit einer

städtischen Kampagne bei allen einbürgerungsberechtigten EinwohnerInnen für die Einbürgerung werben, ein Antidiskriminierungsbüro nach dem Kölner Modell schaffen, eine ausländerrechtliche Beratungskommission für Flüchtlinge etablieren und erreichen, dass der bestehende Ermessensspielraum für die Erteilung eines Bleiberechtes für die hier geborenen Kinder und Jugendlichen genutzt wird.

In wenigen Jahren wird jedes zweite Kind in Essen einen Migrationshintergrund haben. Damit die Schulen den Herausforderungen gewachsen sind, die sich daraus ergeben, brauchen sie Unterstützung.

Wir wollen deshalb Projekte wie das „Rucksack-Projekt“, bei dem Eltern gemeinsam mit ihren Kindern Deutsch lernen, genau so ausbauen wie den muttersprachlichen Unterricht für Migrantenkinder, denn der systematische Erwerb der Muttersprache ist eine wesentliche Voraussetzung auch für das Erlernen der deutschen Sprache.

Zu einer gelingenden Integration gehört es außerdem, möglichst allen Kindern ein Angebot für einen regulären Religionsunterricht in deutscher Sprache zu machen, christlichen und buddhistischen Kindern genau so wie muslimischen, alevitischen oder jüdischen. So wollen wir beispielsweise die Modellprojekte aus Köln und Duisburg auch auf Essen übertragen, in denen das bereits an einigen Schulen angebotene Fach „Islamkunde“ oder „Alevitischer Religionsunterricht“ zu einem regulären Religionsunterricht weiterentwickelt wird. Darüber hinaus wollen wir bilinguale Kindergärten und Schulen stärker fördern und bei entsprechender Nachfrage die Möglichkeiten des Fremdspracherwerbs in unseren Schulen auch auf die Herkunftssprache der MigrantInnen ausdehnen.

Potentiale der MigrantInnen nutzen – für Wirtschaft und Verwaltung

Um die vorhandenen Potentiale optimal auszuschöpfen, wollen wir verstärkt auch die Ethnische Ökonomie in Essen unterstützen – ganz besonders im Bereich der Kreativwirtschaft. Aber auch die Stadt selbst nutzt in ihrer Verwaltung noch nicht alle Möglichkeiten zur Gewinnung gut qualifizierter MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund voll aus. Wir wollen deshalb eine Stabsstelle für „Interkulturelle Personalentwicklung“ einrichten, den Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund durch gezielte Ansprache und Werbung erhöhen und spezielle Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramme anbieten, um die Repräsentanz von MigrantInnen auch in den Chefetagen der Stadtverwaltung zu erhöhen.



Lesben und Schwule

Gesellschaftliche Vielfalt fördern
– Lesben und Schwule gleichstellen

In Essen und im gesamten Ruhrgebiet ist eine lebendige und vielfältige Community von Lesben und Schwulen fester Bestandteil der lokalen Bürgergesellschaft. Wir erleben gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung, wollen Benachteiligungen und Diskriminierungen von lesbischen und schwulen MitbürgerInnen weiter abbauen und Akzeptanz fördern. Deshalb wollen wir mit einer Neuauflage und Weiterentwicklung des erfolgreichen „Handlungsprogramms für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ die aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik seitens der Stadt fortsetzen und den Dialog mit der lesbischen und schwulen Community intensivieren.

Kommunales Wahlrecht

Demokratie lebt vom Mitmachen. Deshalb haben sich GRÜNE erfolgreich dafür eingesetzt, dass Jugendliche sich bereits ab 16 an der Kommunalwahl beteiligen können. Auch alle EssenerInnen, die einen Pass aus einem der 27 EU-Staaten besitzen, können diesmal die Oberbürgermeisterin, den Stadtrat und die Bezirksvertretungen mit wählen. Wir wollen dieses kommunale Wahlrecht zukünftig auch auf alle Nicht-EU-BürgerInnen ausdehnen, die hier in Essen bei uns und mit uns leben.



Frauenpolitik

Geschlechtergerecht und emanzipatorisch.



ZEIT FÜR FRAUEN.

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

www.gruene-essen.de

Frauenpolitik

„Frauen ihr Recht – und nicht weniger; Männern ihr Recht und nicht mehr“

(Susan B. Anthony)

GRÜNE Gleichstellungspolitik beginnt kommunal

Wir GRÜNE stehen für eine moderne Frauen- und Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern umsetzen wollen. Gerade wir GRÜNE haben mit unserer Gleichstellungspolitik die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Gleichstellung von Frauen weitgehend verändert – wenn wir auch noch nicht am Ziel sind. Denn immer noch tragen Frauen die Hauptlast bei der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen. Noch immer sind sie in den Führungs- und Leitungsebenen von öffentlichen und privaten Unternehmen sowie in Behörden und Ämtern deutlich unterrepräsentiert und verdienen für die gleiche Arbeit auch heute noch erheblich weniger als Männer. Wir treten deshalb für eine konsequente Frauenförderpolitik und eine Überprüfung aller politischen Beschlüsse auf ihre Auswirkungen auf Frauen ein.

Frauen wollen Arbeit!

Die Siedlungsverteilung, der hohe Anteil an Berufs- und SchulpenderInnen, infrastrukturelle Mängel wie unzureichende Nahverkehrsanbindung einzelner Stadtteile und ungleiche Verteilung von Einkaufsmöglichkeiten machen es schwer, Leben, Wohnen, Arbeiten und Schule unter einen Hut zu bringen. Die Folgen tragen oftmals die Frauen, die auf Kosten ihrer beruflichen Eigenständigkeit zu Organisatorinnen des Familienlebens werden. Das Modell der Alleinverdiener-Ehe ist für viele Familien aber inzwischen überholt. Durch eine paritätische Teilung der gesamten Familienarbeit werden Frauen entlastet, und Männer können das Aufwachsen ihrer Kinder miterleben.

Frauen müssen die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit haben. Die Kommune als Arbeitgeberin hat hier eine Vorbildfunktion. Deshalb fordern wir:

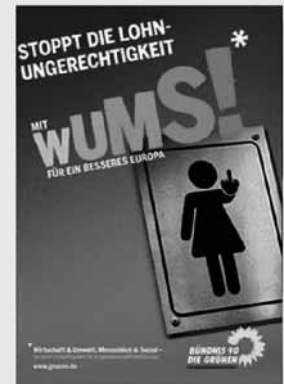
- Stellensplitting und Teilzeitarbeit in größerem Umfang zu fördern, um die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit für Männer und Frauen zu erleichtern.
- Gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter zu ermöglichen, z.B. durch die Ermutigung von Männern, Familienzeiten in Anspruch zu nehmen.
- Die Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen flexibel und arbeitszeitkompatibel zu gestalten.
- Der Ausbau des Betreuungsangebots für unter 3-jährige und die Entwicklung praxisnaher Modelle zur Pflege bedürftiger Angehörigen.

• Dass Unternehmen sich für die Schaffung von Betreuungsplätzen in Kitas einsetzen, um ihre qualifizierten Mitarbeiterinnen halten zu können.

• Die Rücknahme der Landeskürzungen bei den Regionalstellen Frau und Beruf (DIE SPINNEN) und der Ausbau gezielter Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten, um Frauen nach der Familienphase den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

• Durch Struktur- und Wirtschaftsförderung Arbeitsplätze für Hochschulabsolventinnen der hiesigen Hochschulen schaffen, um diese in der Stadt zu halten.

• Die Einrichtung einer Kontakt- / Informationsstelle zur besseren Vernetzung und Unterstützung von Unternehmerinnen und Unternehmensgründerinnen.



Das Prinzip „Gender Mainstreaming“ und Frauengleichstellung in allen Politikbereichen und in der Verwaltung

„Geschlechtergerechtigkeit – Gender Mainstreaming“ ist als Leitziel der Stadt Essen zu formulieren und umzusetzen.

- Das Prinzip des „geschlechtergerechten Haushalts“ (Gender Budgeting) soll dabei von Politik und Verwaltung grundsätzlich berücksichtigt werden, indem bei finanzpolitischen Entscheidungen auch die geschlechtergerechte Verteilung von Finanzmitteln überprüft wird.
- Zur weiteren Umsetzung der Gleichstellung und Frauenförderung – insbesondere mit Blick auf einen zu erhöhenden Anteil an Frauen in Führungspositionen innerhalb der städtischen Verwaltung soll ein Frauenausschuss eingerichtet werden.
- Um die Auszeiten von Müttern zu reduzieren bzw. ihnen eine Berufstätigkeit ohne Karriereknick zu ermöglichen, sollte die städtische Verwaltung – wie mittlerweile in vielen großen Firmen bereits eingeführt – auch alternierende Telearbeit anbieten.

- In der städtischen Verwaltung soll ein kombinierter Spiel- und Arbeitsraum für weibliche Angestellte eingerichtet werden, der es den berufstätigen Müttern ermöglicht, auch in besonderen Notsituationen (Schließungszeit der KiTa o.ä.) ihre Arbeit im Beisein ihrer Kinder weiter auszuführen.

- Städtisch einberufene und politisch zu besetzende Beiräte (z.B. Umwelt-, Lärm-, Kultur-, Integrationsbeiräte) sollten gemäß dem Leitziel der Gleichstellung von Frauen in der Stadt Essen paritätisch besetzt werden.



Die Hälfte der Stadt für uns Frauen!

– Berücksichtigung von Frauenbelangen in der (Stadt- und Verkehrs-)Planung –

Frauen und Kinder haben häufig andere Ansprüche an Mobilität und an städtebauliche Planung als Männer. Dazu gehören z.B. wohnungsnah Angebote von öffentlichen und privaten Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen, sowie wohnortnahe oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbare Arbeits-, Freizeit- und Kinderspielstätten. Dabei ist insbesondere der Lebensmittelpunkt von Müttern und Kindern in erster Linie im Stadtteil verankert. Dies gilt es bei der Wohnbaupolitik und Infrastrukturplanung zu berücksichtigen.

Deshalb wollen wir GRÜNEN:

- Die Belange von Frauen in allen Projekten der Stadt- und Verkehrsplanung berücksichtigen
- Modellprojekte im städtischen Wohnbau unterstützen, die die verschiedenen Lebensformen und Lebensphasen von Frauen berücksichtigen (Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnprojekte, Frauenwohnprojekte) – hierbei könnten gerade im Rahmen der Sanierung und Modernisierung

von städt. Wohnungsbeständen jene Wohnräume genutzt werden, die über flexible Wohnungsgrundrisse, nutzungsneutrale Räume und variierbare Wohneinheiten verfügen.

- In den Stadtteilen ist im Sinne einer guten Funktionsmischung auf ein verträgliches Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, Einkaufen, Freizeit- und Erholungsstätten sowie soziale und sonstige Dienstleistungen zu achten.
- Zur Serviceverbesserung sollte das in Bremen – insbesondere von Frauen – positiv bewertete Projekt „Stadt der Zeiten“ auch in Essen eingeführt werden. Hier werden die Öffnungszeiten von städtischen Einrichtungen insbesondere den Bedürfnissen von berufstätigen Müttern / Eltern angeglichen.
- Insbesondere in der Innenstadt und den Stadtteilzentren sind Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Eltern zu schaffen (kreative Spielpunkte für Kinder, Wickelräume und öffentliche Toiletten).



- Um bereits bei der Planung von Wohnbebauung, Kindergärten, Schulen, Spielplätzen und Einkaufsmöglichkeiten eine familien- und seniorinngerechte Umsetzung zu gewährleisten, sollte in der Planung – ähnlich wie bei der Prüfung von Umweltbelangen – das Überprüfungskriterium der „Geschlechtergerechtigkeit“ in der Bauleitplanung eingeführt werden

- Im Rahmen des europaweiten Ausschreibungsverfahrens werden GRÜNE darauf hinwirken, dass Frauenplanungsbüros und Raumplanerinnen / Architektinnen durch entsprechende Vergabebedingungen stärker als bisher berücksichtigt werden.

- Künftig soll bei der Fortschreibung und Erstellung des Nahverkehrsplanes ein Planungsbüro mit der Kenntnis über frauengerechte Nahverkehrsplanung einbezogen werden. Ziel soll unter anderem die Erstellung eines Frauenmobilitätsplans sein, dem auf VRR-Ebene zukünftig etwa ein Drittel der Mittel des Regionalförderungstopfes zufließen soll.

- Mobilität und Sicherheit für alle, durch verbesserte (Fahr-)Taktfrequenzen in den Morgen- und Abendstunden (z.B. für Schichtarbeiterinnen).

- Für mehr Sicherheit der Frauen im öffentlichen Personennahverkehr sollten insbesondere in den Abendstunden FahrgastbegleiterInnen eingesetzt werden.

- Außerdem wollen wir die Einrichtung von Nacht-taxis für Frauen prüfen.

- Einrichtung eines paritätisch besetzten Fahrgastbeirates, mit dem Ziel der Berücksichtigung von spezifischen Fraueninteressen im öffentlichen Personennahverkehr.

Unterstützung und Förderung von Fraueninitiativen und -vereinen

- Frauennetzwerke, Vereine, Fraueninitiativen u.a., die zur Unterstützung und Vernetzung von Frauen beitragen, wollen GRÜNE fördern.

- Wir setzen uns trotz der Kürzung der Landesmittel durch die schwarz-gelbe Regierung für den Erhalt der Fachkräfte in den Frauenhäusern, Beratungsstellen, Notrufen und spezifischen Anlaufstellen für Mädchen und Frauen ein.

Frauengerechte Gesundheitsversorgung

Gerade durch die Unterschiede der Lebensverhältnisse in den einzelnen Stadtteilen in Essen fordern wir:

- Die Unterstützung gemeinnütziger Organisationen bei der Umsetzung von Hilfsangeboten bzgl. Schulsessen oder Kochkurse für finanziell schwache Familien und andere gesundheitsförderlichen Angebote.
- Eine differenzierte geschlechtsspezifische Gesundheitsberichterstattung als Voraussetzung für eine gezielte Gesundheitspolitik für Frauen.
- Die Besonderheiten von Frauen in den laufenden Projekten zu berücksichtigen. Frauen erleben bspw. Sucht anders als Männer. Der Weg der Suchtprogramme muss von eingefahrenen Schienen abweichen können, um Frauen mit ihren oftmals komplexeren Belangen zu begleiten. Dasselbe gilt für obdachlose Frauen.
- Integration von Migrantinnen in alle Belange der Frauenpolitik. Die Frauen mit Migrationshintergrund sind der Schlüssel zu den übrigen Familienmitgliedern. Sowohl Gesundheits- als auch Sozialpolitik können unter Miteinbeziehung der Migrantinnen vorangetrieben werden.
- Die institutionelle Förderung von Frauen im Sport. Die Essener Bundesliga-Fußballerinnen der SG Schönebeck leisten ebensoviel wie die Männer von Schalke 04 oder Borussia Dortmund. Sie werden aber nur mit einem Bruchteil der Ausstattung und Vergütung entlohnt, obwohl sie mit der Nachwuchsförderung wichtige soziale Aufgaben für Essen übernehmen.
- Die Förderung psychologischer Therapieangebote speziell für Frauen (bspw. DISTEL), um Frauen in Zeiten höchster psychischer Belastung durch Arbeitslosigkeit, Trennung, Gewalterfahrung und/oder Familienarbeit zu stärken und zu unterstützen.



Migrantinnen in Essen

In Essen leben ca. 30.000 Frauen mit Migrationshintergrund. Migrantinnen müssen genauso sicher in Essen leben können und dieselben Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Beruf haben wie deutsche Mädchen und Frauen.

Ein höherer Anteil von Migrantinnen in der Stadtverwaltung, als Erzieherinnen und Lehrerinnen trägt dazu bei, dass in Essen Menschen unterschiedlicher Kulturen in einem Klima wechselseitiger Akzeptanz und voneinander lernend miteinander leben. Migrantinnen brauchen auch eigene Angebote in den Bereichen Gesundheit und Sport.

Wir werden uns deshalb einsetzen für:

- Die stärkere Berücksichtigung von Frauen mit Migrationshintergrund und den entsprechenden Sprachkenntnissen bei Stellenbesetzungen in den städtischen Ämtern, in Kindertageseinrichtungen, an Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen.
- Muttersprachliche Gesundheitsangebote für Migrantinnen, z.B. in der Schwangerschaftskonfliktberatung.

- Sportangebote für Migrantinnen in reinen Frauengruppen.
- Dolmetscherinnendienst auf Honorarbasis oder ein Frauenberatungstelefon in verschiedenen Sprachen, um die Nutzung aller frauenspezifischen Beratungsangebote auch für Migrantinnen zu ermöglichen.
- Die Ausweitung von Angeboten für den gemeinsamen Besuch von Sprachförderkursen für Mütter und Kinder mit Migrationshintergrund.

Weitere Infos
zur Frauenpolitik
auch unter
www.gruene.de

GRÜNE Sozialpolitik für Essen

GRÜNEN stehen für die „soziale Großstadt Essen“

Unsere Stadt muss diejenigen unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (auf Sozialhilfeniveau) ist die Zahl der Menschen, die Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II) erhalten, auf über 70.000 gestiegen. Mehr als 20.000 Kinder leben in Bedarfsgemeinschaften, die „Hartz IV“ erhalten. Gleichzeitig hat die Arbeitsmarktreform noch nicht den Erfolg gehabt, langzeitarbeitslose Menschen wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir wollen Armut nicht hinnehmen, sondern bekämpfen! Sozialleistungen müssen ein Leben ohne zusätzliche Einzelsubventionierung, Ausgrenzung und Erniedrigung ermöglichen. Die Bundesregierung weigert sich, die Regelleistung bedarfsgerecht anzupassen und eine eigenständige Kindergrundsicherung einzuführen. Die GRÜNEN stehen dafür, die betroffenen Menschen trotz dieser Versäumnisse nicht im Stich zu lassen, sondern kommunale Lösungen anzubieten, wie wir das u.a. trotz des Vetos der Bezirksregierung mit dem Sozialticket für den ÖPNV versuchen wollen.

GRÜNE wollen die soziale Infrastruktur erhalten

Essen verfügt über ein engmaschiges Netz sozialer Hilfen, die zu einem großen Teil durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege erbracht werden, z.B. in der Wohnungslosenhilfe, Schuldnerberatung, Suchthilfe oder Frauenberatung. Leider haben Kürzungen seitens des Landes NRW dazu geführt, dass bei einigen Einrichtungen (u.a. Frauenhaus, Arbeitslosenberatungsstellen) Einschnitte gemacht werden mussten, die eine Nothaushalts-Kommune nicht kompensieren darf.

Weil diese soziale Infrastruktur jedoch ein wichtiger Baustein für die soziale Großstadt Essen ist, werden sich GRÜNE auch in Zukunft dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen mithilfe kommunaler Mittel auch in den nächsten Jahren ihre Arbeit weiterführen können. Dazu gehört auch der Ausbau der Frauenberatungsstelle „Frauen helfen Frauen“ e.V., deren Beratungsleistungen nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes enorm angestiegen sind. Auf Landesebene fordern GRÜNE deshalb auch die Rücknahme der Kürzung für die Frauenhäuser.



GRÜNE stehen für eine aktive Beschäftigungsförderung

Im Mittelpunkt GRÜNER Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stehen die Betroffenen.

Wir wollen arbeitsuchende Menschen in existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse bringen. Dazu brauchen wir eine aktive städtische Arbeitsmarktpolitik – vor allem für Jugendliche, Alleinerziehende und MigrantInnen. So unterstützen wir z.B. Projekte des Essener Konsens', wie „Neue Wege zum Wasser“, um Langzeitarbeitslose wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber auch für Menschen ohne realistische Perspektive auf einen Arbeitsplatz müssen in Zukunft neue Wege gesucht werden. Wir unterstützen öffentlich geförderte Beschäftigung in sozialen Unternehmen und Gemeinwesenbetrieben sowie den Aufbau von sozialen Betrieben, in denen tarifgerecht bezahlte Langzeitarbeitslose Arbeit finden.



Jugend braucht Ausbildung! Daher setzen wir uns dafür ein, die Einrichtungen der Jugendberufshilfe in ihren Bemühungen zu unterstützen, Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Auch die Stadt Essen muss weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten BerufsanfängerInnen ausbilden. Dabei ist uns besonders wichtig, dass der Anteil der städtischen Auszubildenden mit Migrationshintergrund durch gezielte Werbung und Ansprache erhöht wird.

GRÜNE setzen sich für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt für Frauen ein. Geeignete Maßnahmen sind eine gezielte und aufeinander abgestimmte kommunale Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere von jungen Frauen und Paaren zu verbessern. Die bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kitas und Schulen ist die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

GRÜNE stehen für die Stärkung von Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen wollen wir allen Kindern faire Bildungschancen eröffnen und kein Kind zurücklassen.



GRÜNE wollen Kindertagesstätten und Familienzentren als Orte von Bildung, Betreuung und Erziehung weiter stärken. Dabei sind flexible und arbeitszeitkompatible Öffnungszeiten die Voraussetzung, damit sowohl Alleinerziehende als auch beide Elternteile Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Auf Landesebene treten GRÜNE deshalb seit langem für einen Rechtsanspruch auf Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren ein. Solange dies noch nicht verwirklicht ist, können wir aber auch in der Kommune einiges tun. So haben wir in den letzten Jahren die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verdreifacht. In fünf Jahren soll für jedes dritte Kind unter drei ein Platzangebot in Kita oder Tagespflege vorhanden sein. Um diese Quote zu erreichen, muss das Land Nordrhein-Westfalen jedoch die dafür bereit gestellten Bundesmittel und Betriebskostenzuschüsse in voller Höhe an die Kommunen weiterleiten und darf nicht Teile einbehalten, so wie die Regierung Rüttgers dies tut!

GRÜNE wollen die Elternbeiträge stabil halten. Wir setzen uns dafür ein, dass es landesweit einheitlich gestaffelte Elternbeiträge gibt. Sie sollen nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängen. Unser langfristiges Ziel bleibt aber die Abschaffung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung.



GRÜNE wollen Rahmenbedingungen für ein leichteres Leben mit Kindern

Kinder bereichern das Leben. Leider sind sie immer noch für viele Eltern ein Armutsrisiko. In Essen lebt fast jedes fünfte Kind von Existenz sichernden Hilfen. Gegen Kinderarmut gibt es kein Patentrezept. Als Kommune kann die Stadt Essen die Folgen von Armut höchstens abfedern und abmildern. GRÜNE stehen dafür, Teilhabechancen zu ermöglichen. Wir werden sicherstellen, dass Kinder nicht vom Mittagessen in Kita oder Schule ausgeschlossen werden, weil die Eltern sich die Kosten nicht leisten können. Ohne Bücher, ohne Stifte, ohne Hefte ist gutes Lernen in der Schule nicht möglich. Deshalb fordern wir die Rückkehr zur Lernmittelfreiheit.

Sprachförderung in Kindergärten ist unerlässlich. Insbesondere für Kinder aus Migrantenfamilien, aber zunehmend auch für deutsche Kinder bildet sie die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung. Wir wollen auch das Angebot bilingualer Kindertagesstätten ausbauen.

GRÜNE Politik für Gesundheit, Ernährung und Bewegung

Kinder brauchen gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und eine kinderfreundliche Umgebung. Fehlernährung, mangelnder Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bewegungsmangel treten immer häufiger insbesondere bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien auf. GRÜNE wollen eine Verbesserung der Gesundheitsstrukturen und der präventiven Gesundheitsvorsorge gerade in den nördlichen Stadtteilen. Hier können und müssen die Familienzentren einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sollen daher gezielte Infos zu Gesundheit, Prävention, Ernährung, Impfschutz und Vorsorgeuntersuchungen, Bewegungsangebote, Koch- und Hauswirtschaftskurse u.v.m. anbieten.

GRÜNE stehen für den Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung

Eltern leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag, indem sie Kinder erziehen. In den allermeisten Familien wachsen Kinder in einer liebevollen und förderlichen Umgebung auf. Doch zunehmend gibt es auch in Essen Familien, in denen die Eltern überfordert sind und Hilfestellung und Entlastung benötigen. Mit dem von uns initiierten Baby-Besuchsdienst wollen wir schon mit der Geburt eines Kindes Kontakt zu den Eltern aufnehmen und ihnen Informationen, Beratung und Hilfe zukommen lassen.

GRÜNE wollen die eingeleitete Umsteuerung hin zu präventiven Erziehungshilfen weitergehen und ausbauen. Hier setzen wir besonders auf die Vernetzung der Familienzentren mit Angeboten der Elternbildung und Erziehungsberatung, den Ausbau des sozialen Frühwarnsystems (Sicherer Start/Familienhebammen), familienunterstützende und -entlastende Maßnahmen, z.B. durch Wochenendöffnungen von Kitas sowie die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe.

Projekt Kinder- und ZahnärztInnen als Kita-Paten:

Die von uns initiierte Interdisziplinäre Frühförderstelle wird bedarfsgerecht ausgebaut und aufgestockt, um auch die mobilen Angebote zu stärken.

Wir wollen gemeinsam mit Kinder- und Zahnärzten ein Patenmodell für Kitas und Familienzentren entwickeln: Kindergartengruppen besuchen die Arztpraxis und lernen die Arbeit eines Kinderarztes oder einer Zahnärztin kennen.

Schule und Hochschule

Projekt Schulgärten schaffen – Schule Natur ausbauen:

Viele Kinder in Essen machen immer weniger Erfahrungen in der Natur. Wir wollen deshalb die Einrichtung von Schulgärten und die ökologische Umgestaltung von Schulhöfen an allen Essener Schulen weiter fördern. Außerdem wollen wir das Angebot der „Schule Natur“ mit ihren erlebnisorientierten Angeboten im Grugapark und in den Essener Wäldern ausbauen, um zukünftig noch mehr Kindern die Chance geben zu können, Zusammenhänge „vor Ort“ in der Natur zu erforschen und zu begreifen.

GRÜNE Politik für eine bessere Bildung

GRÜNE Schulen für eine bessere Zukunft

Unsere Schulen in Essen sollen zu Orten des Lebens und Lernens werden – für alle Kinder. Zwar werden die Inhalte der Schulpolitik in Düsseldorf bestimmt, als Schulträger ist die Stadt Essen jedoch für die Rahmenbedingungen verantwortlich, vor allem beim baulichen Zustand und der Einrichtung der Gebäude. Wir wollen dafür sorgen, dass es an jeder Schule Möglichkeiten für eine Mittagspause mit einer warmen Mahlzeit gibt, dass alle Kinder über die notwendigen Lernmittel verfügen und insgesamt ein positives Lernklima entsteht. Bildung, Bewegung, soziale und kulturelle Förderung, schulpsychologische, gesundheitliche und erzieherische Beratung gehören für uns zusammen. Deshalb wollen wir die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe weiter verbessern und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zukünftig kein Kind in Essen mehr die Schule ohne Schulabschluss verlässt. Um unsere Schulen zu stärken und den Kindern zusätzliche Chancen zu eröffnen, wollen wir außerdem die Zusammenarbeit der Schulen mit Vereinen, Verbänden und anderen Akteuren wie z.B. den Hochschulen in der Umgebung ausbauen.



GRÜNE wollen Essens Schullandschaft zukunftsfähig gestalten

Unter dem Stichwort „länger gemeinsam lernen“ setzen sich GRÜNE seit vielen Jahren für eine Verlängerung der gemeinsamen (Grund)schulzeit und die Überwindung des gegliederten Schulsystems ein. Unser Ziel ist „Eine Schule für alle Kinder“ – dabei schließen wir Kinder mit Behinderungen ausdrücklich mit ein. Inzwischen haben auch die meisten anderen Parteien erkannt, dass es ein Fehler ist, Kinder schon nach vier Schuljahren auf verschiedene Schulformen zu sortieren. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis es auf Landesebene zu einer entsprechenden Änderung des Schulgesetzes kommen wird. Wir wollen deshalb eine langfristige und schulformübergreifende Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen, die auch dem zukünftigen zusätzlichen Raumbedarf eines neuen Schulalltags Rechnung trägt: Für Über-Mittag-Betreuung und Schulmittagessen nicht nur an Grundsondern auch an den weiterführenden Schulen, für zusätzliche Ruhe-, Arbeits- und Bewegungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler und für angemessen ausgestattete Arbeitsplätze auch für Lehrerinnen und Lehrer. Die Ganztagschule muss in Essen die Regel werden.

Bei dieser Schulentwicklungsplanung haben Gemeinschaftsgrundschulen für uns grundsätzlich Vorrang vor Bekenntnisschulen. Neben dieser nachhaltigen Zukunftsplanung wollen wir aber auch heute schon alle Möglichkeiten nutzen, das längere gemeinsame Lernen möglich zu machen. Wichtige inhaltliche Bausteine hierfür sind für uns die stärkere individuelle Förderung von benachteiligten Kindern und der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht-behinderten Kindern. Strukturell gilt es außerdem, die Arbeit der Gesamtschulen zu unterstützen und insbesondere die Oberstufen an Gesamtschulen zu stärken. Dort, wo insbesondere Hauptschulen wegen zu geringer Anmeldezahlen geschlossen werden müssen, wollen wir die Chance zur Gründung von Schulverbänden mit Realschulen nutzen, auch als einen Schritt zur einen Schule für alle Kinder.

Projekt Jedes Kind soll schwimmen lernen:

Immer weniger Kinder können am Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen, obwohl die Grundschulen über mehr als ausreichende Schwimmzeiten in den Bädern verfügen. Es fehlen immer mehr Lehrerinnen und Lehrer mit den entsprechenden Qualifikationen. Wir wollen deshalb Kooperationen der Schulen mit Vereinen, der DLRG, der Feuerwehr und anderen Partnern ins Leben rufen, damit die vorhandenen Schwimmmöglichkeiten auch genutzt werden können und kein Kind in Essen mehr die Grundschule verlässt, ohne schwimmen zu können.

Projekt Mehr Sprachen für mehr gegenseitiges Verständnis:

Das Erlernen anderer Sprachen wird immer wichtiger: Für die beruflichen Zukunftschancen unserer Kinder genau so wie für das gegenseitige Verstehen in unserer immer bunteren und vielfältigeren Gesellschaft. Wir wollen deshalb die Möglichkeiten des Fremdspracherwerbs in unseren Schulen ausbauen, sowohl mit weiteren bilingualen Angeboten als auch mit einer breiteren Palette von Fremdsprachen, die SchülerInnen bis zum Abitur belegen können. Englisch, Französisch, Spanisch oder Russisch gehören schon seit vielen Jahren zum selbstverständlichen Angebot; warum sollte dies bei entsprechender Nachfrage nicht auch für Türkisch, Niederländisch oder andere Sprachen möglich sein?

GRÜNE stehen für Essen als Hochschulstandort

Mit der Universität Duisburg-Essen, der Folkwang-Hochschule in Werden, einer privaten Fachhochschule und anderen Wissenschaftseinrichtungen gibt es in Essen viele wichtige Impulsgeber für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Stadt. Dennoch bleiben in Essen immer noch Chancen ungenutzt, weil unsere Stadt von vielen immer noch nicht als Wissenschaftsstandort und zentraler Bestandteil der Wissensregion Ruhr wahrgenommen wird. Wir wollen deshalb die Hochschulen besser und systematischer als bisher mit der Stadt vernetzen und den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaftseinrichtungen intensivieren, beispielsweise im Bereich der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung und im Stadtmarketing oder durch Kooperationen mit Schulen und anderen städtischen Einrichtungen. Dann kann es auch gelingen, mehr Studierende zu gewinnen, während und vor allem auch nach dem Abschluss ihres Studiums in Essen zu bleiben und sich für diese Stadt zu engagieren – als Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Arbeitnehmer- und ArbeitgeberInnen.



Wirtschaftsförderung durch GRÜNE Marktwirtschaft

GRÜNE wollen ökonomisches Wachstum, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Wir GRÜNE stehen für eine Wirtschaftsförderung, die im Einklang steht mit Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie eröffnet neue Chancen, gerade auch für unsere Stadt. Wirtschaftsförderung bedeutet für uns Wachstum, Arbeitsplätze und die Öffnung neuer Märkte in ökologischer und sozialer Verantwortung.

GRÜNE sehen in der Entwicklung eines ökologisch orientierten Marketing- und Wirtschaftsförderungskonzepts die Chance der Anwerbung von ökologischen Betrieben, gerade im Bereich des Mittelstandes. Eine weitere Unterstützung der GRÜNEN Marktwirtschaft sehen wir in vergünstigten Grundstückserwerbspreisen für ökologische Klein- und Mittelbetriebe.

Zur finanziellen Förderung von Firmenneugründungen fordern GRÜNE ein Angebot von Kleinkrediten zu schaffen. GRÜNE sehen hierin insbesondere die Chance, Unternehmensgründungen von Frauen gezielt zu unterstützen.

GRÜNE sehen Chancen und Möglichkeiten der Stundung von Gemeindeabgaben zur Förderung von Betrieben, die von Frauen geführt werden. Insgesamt gilt es, den sehr gut aufgestellten Wirtschaftssektor der „ethnischen Ökonomie“ in Essen weiter zu stärken und zu fördern, was gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet.

Im Bereich der Einzelhandelsentwicklung steht für GRÜNE nach wie vor die Innenstadtentwicklung im Vordergrund – mit GRÜNEN wird es keine Einzelhandelszentren auf der „grünen Wiese“ geben. Wir wollen stattdessen die Stadtteilzentren stärken, um ein attraktives, wohnortnahes Angebot für die Menschen vor Ort zu erhalten. Das gilt insbesondere für die bevölkerungsreichen Mittelzentren wie z.B. Altenessen, Borbeck, Frohnhausen, Steele und Rüttenscheid, aber auch für die kleineren Nebenzentren wie Kray, Werden oder Kettwig.

Aus ökologischer Verantwortung ist die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen vorrangig in Gebieten mit bereits gut ausgebauter Verkehrsinfrastruktur (ausgebautes Straßen- und Personennahverkehrsnetz) vorzunehmen, um eine Zersiedelung der Landschaft und neue, teure Straßenbauten zu vermeiden.

GRÜNE in Essen unterstützen auch die vom Regionalverband Ruhr (RVR) angestrebte Bündelung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, um zukünftig ein – unter den Ruhrstädten – abgestimmtes Wirtschaftsförderungs- und Marketingkonzept für die gesamte Region zu erstellen.

Im Rahmen der Aufstellung des regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) mit den 6 daran beteiligten Städten (Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen) haben GRÜNE sich – auch zum Schutz der Frei- und Grünflächen – für eine optimierte Nutzung und Weiterentwicklung bereits vorhandener Wirtschaftsflächen eingesetzt. GRÜNE werden an der konkreten Weiterentwicklung des RFNPs festhalten.

Nach Auffassung der GRÜNEN sollten die Synergieeffekte einer Zusammenführung der „Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft“ (EWG) und der „Essener Marketinggesellschaft“ (EMG) überprüft werden, um Wirtschaft und Marketing auf kommunaler Ebene und mit unseren Nachbarstädten besser miteinander zu verzahnen.

Insgesamt wollen GRÜNE eine stärkere Rekommunalisierung wirtschaftlich tätiger Beteiligungsunternehmen – insbesondere im Bereiche der Daseinsvorsorge (z.B. die Stadtwerke) –, um die Handlungs- und Finanzspielräume der Stadt wieder zu erhöhen.

GRÜNE lehnen weitere Finanzgeschäfte wie z.B. die US-Leasing-Geschäfte (Cross Border Leasing, CBL) grundsätzlich ab und werden auch zukünftig im Bereich der Daseinsvorsorge (z.B. EVAG, Wohnbau-gesellschaft etc.) keine Verkäufe an Private sowie Finanzgeschäfte tätigen.



GRÜNE stehen für nachhaltige Haushaltspolitik

Wir GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Diese beinhaltet gleichermaßen den Grundsatz, dass wir den nachfolgenden Generationen keine unbezahlbaren Schuldentürme hinterlassen wollen, aber gleichzeitig auch in Zukunft investieren müssen. Wichtige Handlungsfelder sind der gerechte Zugang zu Bildung, der Klimaschutz und die soziale Stabilität.

„Geschlechtergerechtigkeit – gender-mainstreaming“ ist als Leitziel der Stadt Essen zu formulieren und umzusetzen. Dabei sollte das Prinzip des „geschlechtergerechten Haushalts (gender-budgeting)“ von Politik und Verwaltung systematisch berücksichtigt werden.

Wir wollen Handlungsspielräume für notwendige politische Initiativen auch in Zeiten knapper Kassen erarbeiten. Dazu ist es erforderlich, Doppel- und Mehrfachstrukturen zu vermeiden, und mit der Bevölkerung in unseren Nachbarstädten vertrauensvoll zu kooperieren.

Wir halten die Kooperation auf Augenhöhe im ÖPNV für einen wichtigen Schritt, der ausgebaut werden muss. Auf vielen politischen Feldern wie Sport, Kultur, Wirtschaftsförderung und Planungspolitik sind Kooperationen sinnvoll und nötig.


Eine ruinöse Konkurrenz mit öffentlichen Mitteln um immer kleiner werdende BesucherInnen- und ZuschauerInnenzahlen im Sport- und Kulturbereich lehnen wir ab.

GRÜNE meinen:

„Das Land muss den Städten helfen“

Die Stadt Essen hat in den letzten Jahren aufgrund stetig steigender Arbeitslosenzahlen und zurückgehender Steuereinnahmen immense Haushaltsdefizite aufbauen müssen. Die Gesamtverschuldung beträgt etwa vier Milliarden Euro. Bei einem Vermögen von sechs Milliarden Euro ist absehbar, dass in wenigen Jahren die Stadt sozusagen den Banken gehören wird. Zumal die Stadt jedes Jahr fast 200 Millionen Euro an Zinszahlungen aufbringen muss, mit steigender Tendenz.





Um die Stadt Essen nicht wieder in die Lage zu versetzen, die Haushaltssicherung und den Schuldenabbau in Widerspruch zur Erfüllung aktueller Aufgaben zu bringen, darf das Land nicht weiter Kosten von der Landesebene auf die kommunale Ebene verlagern. Wir treten für eine kommunale Finanzreform ein, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft sichert. Dazu gehört es, einen Altschuldenfonds aufzulegen, der uns von Zins- und Tilgungslasten vorübergehend befreit. Im Gegenzug müssen wir unseren Primärhaushalt, die Ausgaben ohne Zinszahlungen und Einnahmen aus Krediten, in Ordnung bringen. So können wir als Stadt notwendige Aufgaben erfüllen und unsere Pflicht zur sparsamen, generationen- und geschlechtergerechten Haushaltspolitik erfüllen.

Konsolidieren und investieren

Unter sozialdemokratischer Herrschaft in Essen wurden zwar viele Dinge gebaut, aber fast nichts in Stand gehalten. Schulen, Bäder, Sportplätze und Fußballstadien sind zum Teil in schlimmen Zuständen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der NutzerInnen stetig. Daher müssen wir mutige Ent-

scheidungen treffen. Wir müssen klären, welche Gebäude verzichtbar sind und dafür sorgen, dass die anderen Anlagen wieder in Ordnung kommen. Hierbei helfen uns sicherlich die zugesagten 70 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II des Bundes, das uns einige investive Möglichkeiten u.a. im Schulbau ermöglicht. Wir müssen allerdings in den nächsten Jahren auf der Basis solider Analysen konsequent die Sanierung der benötigten kommunalen Anlagen fortführen.

GRÜNE meinen:

„Daseinsvorsorge muss öffentlich bleiben!“

Der Zugang aller BürgerInnen zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen muss gewährleistet sein. Wir setzen dabei auf demokratisch kontrollierte und transparente Strukturen. Eine Politik, die Gewinne privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt, lehnen wir ab. Wir wollen vielmehr die Stadtwerke u.a. durch ein stärkeres Engagement bei der Erzeugung und Versorgung mit Strom, Wasser, Gas und Wärme stärken.

Sport, Kultur, Freizeit

GRÜNE Politik für Sport, Kultur und Freizeit

GRÜNE wollen für alle EinwohnerInnen Essens, ungeachtet deren Geldbeutel und Wohngebiet, attraktive Angebote für Kultur, Freizeit und Sport schaffen, die nachhaltig weiterentwickelt werden können. Damit wird nicht nur eine kurzfristige Anpassung an verändertes Freizeitverhalten gesucht, sondern eine langfristige Lösung für die Bedürfnisse aller Altersstufen gewährleistet.

GRÜNE wollen Kreativität für ALLE fördern

Kultur und Kunst sind Motor für Kommunikation und Reflektion, fördern die Entwicklung des Eigensinns, haben soziale Funktion und bringen Spaß und Genuss. Kulturelle Vielfalt ist für GRÜNE daher ein besonderes Anliegen. Die Förderung der kulturellen Eigenkreativität hat das gleiche Gewicht wie die Förderung der spezialisierten und professionalisierten Kultur. In Zeiten knapper Kassen wird Förder- und Verteilungsgerechtigkeit zu einer zentralen kulturpolitischen Aufgabe. Um auch weiterhin für ein vielfältiges Angebot sorgen zu können, ist die Stadt auf Gebühreneinnahmen angewiesen. Der Zugang zu öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen darf dabei aber insbesondere für

einkommensschwache Bevölkerungsgruppen nicht an zu hohen Kosten scheitern. Der öffentliche Raum ist zudem für uns ein idealer Partner der Kultur: Märkte, Spielplätze und kulturelle Veranstaltungen an öffentlichen Orten sind für uns Bestandteil einer nachhaltigen und integrativen Stadtentwicklung.

GRÜNE wollen Jugend- und Interkultur ein Gesicht geben

Stadtteilorientierte Kulturangebote bieten vor allem Jugendlichen und wenig mobilen Bevölkerungsgruppen Gestaltungsmöglichkeiten. Bewährte förderwürdige Projekte und Einrichtungen sollen gestärkt werden. Die jetzigen Mittel der freien Szene müssen reorganisiert und aufgestockt werden. Stadtteilbibliotheken sollen erhalten und zu stadtteilorientierten Medienzentren ausgebaut werden. Insbesondere integrative Kulturangebote für MigrantInnen, Kinder und junge Menschen (Rock- und Popförderung) müssen geschlechtergerecht weiterentwickelt und gefördert werden.



Zeche Carl durch Neuanfang als sozio-kulturelles Zentrum erhalten!

Die Zeche Carl muss als sozio-kulturelles Zentrum erhalten bleiben und inhaltlich neu aufgestellt werden. Insbesondere der Stadtteil Altenessen benötigt ein Zentrum, das selbstbestimmte Freiräume für soziale und kulturelle Initiativen bietet.

Die GRÜNEN stehen für die weitere finanzielle und ideale Unterstützung der Zeche Carl! Der Wiederaufbau eines neuen Trägervereins für die Zeche Carl ist im Gange.

GRÜNE stehen für die Profilierung der Filmkunst Essen ist ein herausragender Standort der Kinokultur. GRÜNE wollen dieses Profil durch kommunale Kooperationen stärken, damit die Stadt als Zentrum der Film- und Lichtspielkunst in die Region ausstrahlt. Das bestehende Angebot soll durch Präsentationen von Meisterwerken der Filmkunst, Inszenierungen der Regional- und Stadtgeschichte und durch qualitätsvolle, medienpädagogische Filme für Kinder ergänzt werden. Gemeinsam mit den Nachbarkommunen soll eine sachgerechte Archivierung und Restauration historischer Filme über die Stadt und die Region angestoßen werden.

GRÜNE meinen: „Zollverein muss sich öffnen“ Das Weltkulturerbe Zollverein hat weitreichende Magnetwirkung, aber wir müssen gezielt daran arbeiten, es für weitere NutzerInnen zu öffnen. Dauerhafte öffentliche Zuwendungen müssen reduziert werden. GRÜNE fordern finanzierbare Mischnutzungen, die Einbindung weiterer kulturwirtschaftlicher und bürgerschaftlicher Initiativen sowie eine klare Integration des Geländes in den Stadtteil.

GRÜNE wollen die Region kommunal gestalten Kultur endet nicht an der Stadtgrenze. Kulturprojekte müssen verstärkt in regionaler Verantwortung durchgeführt werden. Die Ausrichtung der Kulturhauptstadt im Jahr 2010 soll Basis für eine verstärkte kommunale Kooperation sein. Die Städte sollen eigene Profile entwickeln und anderen eigenen Handlungsspielraum überlassen. Nicht jede Ruhrgebiets-Stadt braucht fünf oder sechs eigene Sparten, die sich gegenseitig auf ihren Feldern bekämpfen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten muss institutionell stärker verankert werden, damit ein profiliertes Zusammenwachsen der Region Gestalt gewinnt.



GRÜNE wollen den freien Meinungsmarkt sichern

Politische Kultur erfordert einen für alle erreichbaren Meinungsmarkt. In Essen hat die Monopolisierung der Medien durch den WAZ-Konzern eine neue Dimension erreicht. Es muss öffentliche Aufgabe sein, für eine Vielfalt der Meinungen, u.a. durch freie Bürgermedien innerhalb des Rundfunks und des Fernsehens zu sorgen. Wir GRÜNEN werden uns auf kommunaler und auf Landesebene für den Erhalt dieser Ansätze einsetzen.

GRÜNE Politik für Freizeit und Sport

Die vielfältige Gestaltung der Freizeit spielt eine immer wichtigere Rolle. Sport, eine gesunde Ernährung und Erholungsbereiche sind für alle Altersgruppen DIE Basis für Gesundheit und ein hohes Maß an Lebensqualität.

Diese Bedingungen schaffen neue Prioritäten für den Sport. Das veränderte Sportverhalten außerhalb normierter Sportstätten (Laufen, Walken, Skaten etc.) muss daher bei der Fortschreibung einer Masterplanung berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Konzepte wie Lauftreffs und die entsprechende Ausweisung von Strecken ebenso gefördert werden wie vergleichbare Initiativen in anderen Bereichen.

GRÜNE stehen für freie Gestaltungsmöglichkeiten

Vor allem Kinder und Ältere benötigen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld. GRÜNE wollen, dass Freiflächen für alle Kinder geschaffen werden, in denen sie ihre eigene Lebenswelt aktiv in der häuslichen Umgebung erleben und gestalten können. Darüber hinaus sollen im Dialog mit den Wohnungsgesellschaften attraktive bestehende und neu zu schaffende Mehrgenerationen-Spielplätze gefördert werden.



GRÜNE wollen die Infrastruktur nutzen

Besonders Kinder und Jugendliche müssen Räume für eine anregende Freizeitgestaltung erhalten. GRÜNE wollen die Ausweitung der Mehrfachnutzung, bspw. die Öffnung von Schulen usw. am Nachmittag und auch an Sonn- und Feiertagen für Freizeitnutzungen erreichen. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass Vereine und Schulen noch intensiver kooperieren und die modernisierten Sportanlagen nutzen, um zusätzliche Synergien insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung zu erschließen. GRÜNE fördern das bürgerschaftliche Engagement und unterstützen den eigenverantwortlichen Betrieb von Anlagen durch Vereine. Daher ist bspw. auch der Erhalt der Schillerwiese als Ausgangspunkt vielfältiger eigenverantwortlicher Sportaktivitäten von zentraler Bedeutung.

GRÜNE stehen für die verstärkte Förderung von Bewegungsangeboten

In letzter Zeit werden alarmierende Motorik-Defizite gehäuft bei Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien festgestellt. GRÜNE wollen, dass die geschlechterspezifische Bewegungsförderung im Kindergarten und der Schule zu einer wichtigen Erziehungsaufgabe wird. Gerade Jungen sind heutzutage immer mehr von Übergewicht und Bewegungsmangel betroffen und benötigen insbesondere in der Schulzeit Bewegungsmöglichkeiten, um auch Aggressionspotenziale abzubauen. Mädchen benötigen hingegen oftmals besondere Schutzräume, um Sport treiben zu können. Der regelmäßige Schwimm- und Sportunterricht ist ggf. unter Zuhilfenahme von nichtschulischen Institutionen ebenso sicher zu stellen, wie sonstige Bewegungsangebote. Die zunehmenden Betreuungszeiten im Rahmen der Schule müssen dazu führen, dass Kinder geistig und körperlich gefördert werden.



GRÜNE wollen den Masterplan Sport weiter entwickeln

GRÜNE haben einen Masterplan Sport durchgesetzt, der eine Richtschnur für die nächsten 10 Jahre sein soll. Mit einem Sanierungsprogramm von 22,5 Millionen Euro werden in den nächsten Jahren die Grundlagen für eine Instandsetzung von Sportanlagen gelegt. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass besonders jene Anlagen gefördert werden, deren nutzende Vereine ein hohes Maß an eigenem Engagement einbringen. Dazu muss auch gehören, dass verschiedene Vereine auf manchen Anlagen kooperieren, um die Auslastung der Sportstätte und die Qualität der gemeinsamen Betreuung zu optimieren.

Gleichzeitig muss der Boom-Bereich des Mädchen- und Freizeitsports ebenso berücksichtigt werden wie der Ausbau qualifizierter Trainings- und Förderstrukturen insbesondere im Kinder- und Jugendbereich. Die Integration von MigrantInnen, gerade auch über den Sport- und Freizeitbereich, muss verstärkt werden. Sportmöglichkeiten sollen kostengünstig sein.

GRÜNE stehen für die konsequente Umsetzung des Bäderkonzepts

Wir GRÜNEN wollen die vollständige Sanierung und Modernisierung der Essener Bäder konsequent weiterführen.

Wir stehen für eine dezentrale Bäderstruktur mit guten Schwimmangeboten für Schulen, Vereine und Öffentlichkeit. Die Sanierung der Kombibäder, die Neugestaltung des Grugabads zum Ganzjahresbad und ein zukunftsfähiges neues Bad im Bereich Borbeck/Altendorf sind ebenso wichtige Marksteine, wie die Zusicherung, dass für das marode Hauptbad an anderer Stelle angemessener Ersatz geschaffen wird. Gleichzeitig sollte Essen auch in diesem Bereich die vorbehaltlose Kooperation mit den Nachbarstädten suchen, um Konkurrenzen zu vermeiden und ggf. sogar gemeinsame Konzepte – wie z.B. in Nienhausen – zu verwirklichen.



Projekt Stadienkonzept für Essen:

Die Sportverbände stellen zunehmend steigende Sicherheits- und Leistungsanforderungen an Spielstätten wie z.B. Fußballstadien. Wir müssen deshalb in Essen ein Stadienkonzept entwickeln, das alle größeren Spielstätten beinhaltet und deren Funktion in ein Gesamtkonzept einbettet. Neben dem Stadion an der Hafensstraße braucht Essen ein weiteres profitaugliches Stadion.

GRÜNE wollen ein Stadienkonzept für Essen

GRÜNE stehen für den Bau des Stadions an der Hafensstraße, der nicht nur dem Fußballverein Rot-Weiß Essen zugute kommt. Die zunehmend steigenden Leistungsanforderungen an Spielstätten durch die Sportverbände (u.a. Deutscher Fußballbund) müssen in Essen dazu führen, dass für alle größeren Spielstätten ein nachhaltiges Stadienkonzept entwickelt wird. Teure Einzelplanungen ohne Alternativuntersuchungen lehnen GRÜNE ab.



Die KandidatInnen der GRÜNEN für den Essener Stadtrat

- 1) Hiltrud Schmutzler-Jäger
- 2) Rolf Fliß
- 3) Julia Kahle-Hausmann
- 4) Burak Copur
- 5) Christine Müller-Hechfellner
- 6) Christoph Kersch
- 7) Dr. Elisabeth van Heesch-Orgass
- 8) Mehrdad Mostofizadeh
- 9) Lisa Mews
- 10) Walter Wandtke
- 11) Lisa Potthoff
- 12) Moritz Balz
- 13) Silva Buttke
- 14) Pascal Hesse
- 15) Gönül Eglence
- 16) Stefan Hötzel
- 17) Angelika Gabriel-Meier
- 18) Jan Karsten Meier
- 19) Dunja Briese
- 20) Ernst Potthoff
- 21) Doris Eisenmenger
- 22) Samir Fetic
- 23) Steffi Hansmeier-Maas
- 24) Dr. Thorsten Drewes
- 25) Eva Bednarek
- 26) Peter Maas
- 27) Joachim Drell
- 28) Christian Biersen
- 29) Helmar Pless



**MIT DIR
WIRD'S WAS**

Als GRÜNE haben wir gegen politische Widerstände gekämpft und viel erreicht. Auch heute sind wir noch nicht am Ende. Ob es um den Kampf für eine nachhaltige Klimapolitik und gegen die Renaissance der Atomkraft, um das Streiten für gleiche Rechte von Frauen und Männern oder um ein ganz konkretes kommunalpolitisches Thema, wie das Sozialticket geht – mit Grün ist mehr drin.

Jetzt Mitglied werden: <http://mit-mir-wirds-was.de/>





Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2009